

## **Bericht über die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in München**

### **Internationale Projektpartnerschaften ausbauen**

Antrag Nr. 14-20 / A 02763 der Stadtratsfraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 21.12.2016

### **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08154**

### **Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 28.03.17 (VB)**

Öffentliche Sitzung

#### **Kurzübersicht**

zur beiliegenden Beschlussvorlage

<b>Anlass</b>	1) Gemäß Stadtratsbeschluss vom 23.06.2010 ist die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat regelmäßig einen Bericht über die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit vorzulegen.  2) Der Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen - Rosa Liste fordert den Ausbau internationaler Projektpartnerschaften zur Umsetzung der aktuellen UN-Beschlüsse zur nachhaltigen Entwicklung und zum Klimaschutz.
<b>Inhalt</b>	Der Bericht über die Aktivitäten und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit der Landeshauptstadt wird vorgelegt. Es wird geschildert, welche internationalen Projektpartnerschaften bereits existieren bzw. eingeleitet sind, der Ausbau weiterer Partnerschaften wird erörtert.
<b>Gesamtkosten/ Gesamterlöse</b>	(-/-)
<b>Entscheidungsvorschlag</b>	Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Über die bereits laufenden und eingeleiteten Kooperationen hinaus werden derzeit keine weiteren internationalen Projektpartnerschaften initiiert.
<b>Gesucht werden kann im RIS auch nach</b>	Entwicklungszusammenarbeit, Projektpartnerschaften, Internationale Kampagnen, interkommunale Zusammenarbeit
<b>Ortsangabe</b>	(-/-)

## **Bericht über die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in München**

### **Internationale Projektpartnerschaften ausbauen**

Antrag Nr. 14-20 / A 02763 der Stadtratsfraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 21.12.2016

### **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08154**

2 Anlagen

#### **Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 28.03.2017 (VB)**

Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag des Referenten**

##### **1. Bericht über die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in München**

Mit Beschluss vom 23.06.2010 verabschiedete der Stadtrat das Rahmenkonzept für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) der Stadt München und beauftragte das Büro 3. Bürgermeister, Stelle für internationale Angelegenheiten, dem Stadtrat alle zwei Jahre einen Bericht über die KEZ Münchens vorzulegen. Dieser Bericht wird hiermit vorgelegt. Diese Stelle wurde inzwischen dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, Fachbereich Europa zugeordnet (siehe Beschluss der Vollversammlung vom 09.12.15 Nr. 14-20 / V 04533), so dass die Koordination der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit nun dort angesiedelt ist.

Unter dem Begriff Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist gemäß KEZ-Rahmenkonzept zu verstehen:

- internationale Kooperationen der Kommunalverwaltung mit der Zielrichtung, Entwicklungschancen zu verbessern oder globale Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Kooperationspartner sind in der Regel auf kommunaler Ebene angesiedelte Organisationen und Projekte in so genannten Entwicklungs- oder Schwellenländern oder in Regionen mit hohem Entwicklungsbedarf (auch innerhalb der EU und in assoziierten Staaten). Wesentliche Merkmale kommunaler Entwicklungszusammenarbeit sind Partnerschaften auf gleicher Augenhöhe und die gemeinsame Erarbeitung von Problemlösungen unter Berücksichtigung der örtlichen kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen. Insgesamt steht das Ziel eines Erfahrungsaustausches und gegenseitiger Unterstützung im Vordergrund, um eine „nachhaltige Entwicklung“ der Kommunen zu ermöglichen und zu fördern. Die Förderung von Bürgerpartizipation und „Good Governance“ sowie die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung sind wichtige Elemente kommunaler Entwicklungszusammenarbeit.
- die Beteiligung Münchens an überregionalen und internationalen, in der Regel multilateralen Kampagnen und Initiativen, die eine nachhaltige Entwicklung mit weltweiter Ver-

teilungsgerechtigkeit, Friedenssicherung oder eine Verbesserung der Menschenrechtssituation anstreben.

Nachstehend erfolgt ein kurzer Überblick über die aktuelle Diskussion zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sowie über die Aktivitäten der Landeshauptstadt München. In Anlage 1 sind alle Kooperationsprojekte und sonstigen Maßnahmen, die nach den Mitteilungen aus den jeweils federführenden Referaten seit der letzten Berichterstattung umgesetzt wurden, ausführlicher beschrieben.

Die Aktivitäten haben insgesamt zugenommen, denn kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist gefragt. Dies wird auch in der aktuellen internationalen Diskussion über eine weltweit gerechte und nachhaltige Entwicklung und in dem jüngst verabschiedeten Abkommen der Vereinten Nationen deutlich. Insbesondere die im September 2015 in New York verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) der Agenda 2030, das Klimaschutzabkommen von Paris vom Dezember 2015 und die „New Urban Agenda“ als Ergebnis des UN-Habitat-Gipfels im September 2016 in Quito definieren klare Aufgaben und Anforderungen an die Kommunen weltweit bzw. benennen Handlungsfelder und Zielsetzungen, die nur durch ein Engagement und eine Einbindung der kommunalen Akteure erreicht werden können.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat seine Unterstützung für entwicklungspolitisch engagierte deutsche Städte und Gemeinden in den letzten Jahren stark ausgebaut. Neben Beratung und Vernetzung bietet das BMZ über seine Durchführungsorganisation Engagement Global gGmbH heute erfreulicherweise ein breites, bedarfsorientiertes Spektrum an Förderinstrumenten für Kommunen an, an deren Entwicklung auch die Stadt München durch die Mitarbeit im Programmbeirat beteiligt war. Erklärtes Ziel des Bundesentwicklungsministers ist es, die Anzahl der deutschen Kommunen, die sich entwicklungspolitisch engagieren, von heute knapp 500 auf 1000 zu erhöhen. Die Förderprogramme dienen dazu, kommunale Initiativen und Partnerschaften anzuregen und zu unterstützen. Darüber hinaus werden auch Modelle entwickelt, um die in deutschen Städten vorhandene kommunale Expertise für EZ-Projekte des Bundes verfügbar zu machen, z.B. durch eine punktuelle Einbindung von Kommunalexpertinnen und -experten in Bundes-Projekte oder durch von Bundeseinrichtungen organisierte internationale Fachdelegationen, die zu ganz konkreten Fragestellungen deutsche Kommunen besuchen. Auch multilateraler Know-how Austausch zwischen Kommunen wird gefördert, insbesondere über die internationale Städteplattform „Connective Cities“, die vom Deutschen Städtetag, der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) und Engagement Global mit Mitteln des BMZ betrieben wird.

Der Schwerpunkt des Engagements der Landeshauptstadt München liegt in bilateralen Kooperationsprojekten. Die – entwicklungspolitisch relevanten – Städtepartnerschaften mit Kiew und Harare ermöglichen eine langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die Themen dafür werden gemeinsam bedarfsorientiert identifiziert und längerfristig verfolgt. Bei den Kooperationsprojekten geht es nicht nur um fachlichen Austausch und den Transfer von technischem Wissen, sondern immer auch um strategisch-konzeptionelle Vorgehensweisen und um eine Verbesserung der Verwaltungskultur im Sinne von „Good Governance“ und einer bürger- und leistungsorientierten Kommune. So binden die Projekte mit Kiew regelmäßig auch zivilgesellschaftliche Akteure mit ein, mit dem Ziel, zu einer Verbesserung des Vertrauensverhältnisses zwischen Behörde und Bevölkerung beizutragen. Die derzeitigen Kooperationsprojekte mit Harare betreffen hauptsächlich Querschnittsthemen der Verwaltung, um insgesamt bessere Grundlagen für die Aufgabenerfüllung in der Partnerstadt zu schaffen.

Neben den Städtepartnerschaften hat die Stadt München bereits seit den 90er Jahren auch sogenannte Projektpartnerschaften begründet, die – im Gegensatz zu den Städtepartnerschaften – themenspezifisch definiert sind. Diese Projektpartnerschaften sind zwei großen Schwerpunktbereichen zuzuordnen, nämlich „Nachhaltige Entwicklung“ und „Fluchtursachenbekämpfung“. Diese Schwerpunktbereiche, die auch im Leitziel des 2010 verabschiedeten KEZ-Rahmenkonzepts der Landeshauptstadt genannt sind, haben durch die jüngsten internationalen Entwicklungen eine aktuelle Bestätigung erhalten:

- Die 2015 verabschiedete Agenda 2030 der Vereinten Nationen fordert in ihren „Sustainable Development Goals“ eine nachhaltige Ausgestaltung der Städte und Siedlungen weltweit. Durch eine kommunale Zusammenarbeit kann diese nachhaltige Ausgestaltung maßgeblich unterstützt werden. Dies betont auch die Resolution „Agenda 2030 – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ (siehe Beschluss der Vollversammlung vom 11.05.16, Nr. 14-20 / V 05066).
- Die dramatische Zuspitzung der Flüchtlingskrise in den letzten Jahren macht eine Verbesserung der Lebensbedingungen in südlichen Ländern zur Bekämpfung von Fluchtursachen umso wichtiger. Darüber hinaus erfordert sie eine Unterstützung der Städte und Gemeinden, die rund um die Krisenregionen vor allem in Nahost in erheblichem Umfang Flüchtlinge aufgenommen haben. Um diesen Themenbereich weiter auszubauen, wurde nun mit Unterstützung des BMZ eine zeitlich befristet Koordinierungsstelle „Flucht und Entwicklung“ im RAW eingerichtet (sh. Anlage 1 Ziff. 4.6).

Auch das Engagement der LHM in Kiew und Harare ist in Verbindung mit diesen Schwerpunkten zu sehen. So unterstützen die aktuellen Kooperationen direkt oder indirekt eine nachhaltige Stadtentwicklung vor Ort. Beide Städte sind auch von Flucht betroffen – der Konflikt im Osten der Ukraine hat bis zu 2 Millionen Binnenflüchtlinge hervorgebracht, zahlreiche davon sind in Kiew untergekommen. In Simbabwe hat die politische und wirtschaftliche Lage dazu geführt, dass in den letzten 15 Jahren fast ein Viertel der Bevölkerung ins Ausland abgewandert ist.

Neben diesen bilateralen Kooperationen beteiligt sich die Stadt München an internationalen thematischen Netzwerken zum Know-how Austausch oder zur gemeinsamen Interessenvertretung und bringen städtische Fachleute ihre Expertise im Rahmen internationaler Konferenzen und Fachtagungen ein. Zunehmende Nachfrage besteht auch von ausländischen Fachdelegationen, die nach München kommen wollen, um sich über hiesige Lösungsansätze insbesondere im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge zu informieren. Aus Kapazitätsgründen können bei weitem nicht alle anfragenden Delegationen empfangen werden. In der Anlage 1 Ziffer 9 sind diese Aktivitäten exemplarisch aufgeführt, um einen Eindruck über die Themen und Herkunftsregionen zu vermitteln.

## **2. Internationale Projektpartnerschaften ausbauen**

Die Landeshauptstadt unterhält, wie oben erläutert und in Anlage 1 ausführlich dargestellt, schon seit den 90er Jahren Projektpartnerschaften, die eine weltweit nachhaltige Entwicklung und insbesondere Klimaschutz zum Ziel haben. In jüngerer Zeit kamen weitere Kooperationen zur Thematik hinzu - beispielsweise das Projekt „Beratungs- und Qualifizierungsangebote zu Energieeffizienz in Kiew“ oder die Klimapartnerschaft mit Kapstadt. Auch zwei Vorhaben, die explizit die UN-Nachhaltigkeitsziele zum Thema haben, sind angelaufen: Das Projekt „The future we want – European Year of Development 2015“ in Zusammenarbeit mit dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V. sowie die Teilnahme an dem Programm „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ zusammen mit Berlin Treptow-Köpenik und Subotica.

Die Begründung neuer Projektpartnerschaften ist betreuungsintensiv - sowohl für die koordinierende Stelle als auch für die beteiligten Fachdienststellen. Bevor erste allgemeine Kontakte zur Stadt geknüpft werden, ist es notwendig, sich über die kulturellen und politischen Rahmenbedingungen, Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen zu informieren. Dann müssen die Bedarfe und Erwartungen vor Ort recherchiert und geklärt werden, inwieweit diese durch eine Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung München gedeckt werden können. Schließlich müssen in Zusammenarbeit mit der Partnerkommune Themen der Zusammenarbeit identifiziert und ausgearbeitet werden, bevor konkrete Projektpläne entwickelt und ggf. zur Förderung eingereicht werden.

Wie oben geschildert, ist vorgesehen, den Themenschwerpunkt „Fluchtursachenbekämpfung“ auszubauen. Dazu wurden Fördermittel beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beantragt und eine Koordinatorenstelle bewilligt, die seit Dezember 2016 beim Referat für Arbeit und Wirtschaft eingerichtet ist. Die Koordinatorin hat unter anderem den Auftrag, neue internationale Projektpartnerschaften auf den Weg zu bringen. Derzeit wird in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit ein Kooperationsprojekt mit der tunesischen Stadt Kasserine ausgearbeitet. Neben der Bekämpfung von Fluchtursachen wird dieses Projekt auch einen Beitrag für die nachhaltige Stadtentwicklung leisten. In Planung ist weiter eine Projektpart-

nerschaft mit einer Aufnahmekommune von syrischen Flüchtlingen in einem der Anrainerländer Jordanien, Libanon oder Türkei - kommunale Partnerschaften mit diesen Ländern werden ebenfalls vom BMZ unterstützt. Vorgesehen war eine Zusammenarbeit mit der türkischen Großstadtgemeinde Mardin zur Qualifizierung von Flüchtlingen. Zur Vorbereitung dieses Kooperationsprojekts fanden im Jahr 2016 bereits umfangreiche Recherchen und Abstimmungen mit Mardin und mit dem BMZ statt. Jedoch wurde Mardin - wie auch zahlreiche andere türkischen Kommunen – nach der Verhängung des Ausnahmezustands unter Zwangsverwaltung gestellt, so dass das Vorhaben stark gefährdet ist. Gemeinsam mit dem BMZ werden nun Alternativen gesucht.

Den Zielen des Antrags der Stadtratsfraktion Die Grünen / Rosa Liste (Anlage 2) vom 21.12.2017 „Internationale Projektpartnerschaften ausbauen“ wird insoweit bereits entsprochen. Darüber hinaus können Themen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes verstärkt in die bestehenden Partnerschaften und Kooperationen eingebracht werden. Auch durch eine Mitwirkung an multilateralem Know-how Austausch kann die Landeshauptstadt zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und des Klimaschutzabkommens beitragen.

Anhörungsrechte eines Bezirksausschusses sind nicht gegeben.

Die Sitzungsvorlage ist mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt abgestimmt.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Richard Quaas, und die Verwaltungsbeirätin für Europa, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, die Fraktion Die Grünen / Rosa Liste sowie alle Referate, die einen Beitrag zum KEZ-Bericht geliefert haben, haben jeweils einen Abdruck der Beschlussvorlage erhalten.

## **II. Antrag des Referenten**

1. Der Bericht über die kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Landeshauptstadt München wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Referaten die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz in bestehenden Partnerschaften aufzugreifen und an entsprechenden internationalen Veranstaltungen und Netzwerken zum Wissenstransfer mitzuwirken.
3. Die Begründung weiterer Projektpartnerschaften zu den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz ist derzeit nicht vorgesehen.

4. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02763 der Fraktion Die Grünen/Rosa Liste vom 21.12.2016 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**  
nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat/-rätin

Josef Schmid  
2. Bürgermeister

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenografischen Sitzungsdienst  
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)  
an die Stadtkämmerei  
an das Revisionsamt  
z.K.

**V. Wv. RAW - FB 1**

zur weiteren Veranlassung.

Zu V.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das Baureferat

An das Direktorium

An das Kreisverwaltungsreferat

An das Kommunalreferat

An das Kulturreferat

An das Personal- und Organisationsreferat

An das Referat für Bildung und Sport

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Sozialreferat

z.K.

Am